

## SINKIANG 1975: ALTE HYPOTHEKEN, NEUE ZAHLEN

Richard von Schirach

Das in der westlichen Presse anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Helmut Schmidt abwechselnd als "Hinterhof", "Schlafzimmer", "Atombombenzentrum" oder "Wetterwinkel" der VRCh apostrophierte Sinkiang ist in den letzten Wochen unversehens und sicher nicht ohne Regieleistung Pekings ins Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.

Am 1. Oktober war mit großem publizistischem Aufwand der 20. Jahrestag der Gründung des Autonomen Uighurischen Gebietes Sinkiang gefeiert worden. Eine ranghohe Zentraldelegation unter der Leitung von Vizepremier Chen Hsi-lien, der ein Stellvertretender Generalstabschef der VBA, ein Vizeminister der Staatsplanungskommission sowie ein Mitglied des Zentralen Vereinigten Frontdepartements angehörten, unterstrich die politische, militärische und wirtschaftliche Bedeutung dieser mit 1,6 Mio. qkm größten chinesischen Provinz.

Die Jubiläumsreden betonten neben ausführlichen Stellungnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung vor allem die Notwendigkeit einer größeren Stabilität und Einheit. Ungewöhnlich scharf waren daneben auch die Warnungen an die sowjetische Adresse vor einem weiteren Eindringen in Sinkiang. Während die JMJP schon am 30.9. in einem Artikel zum Jahrestag die "Breschnew Clique" beschuldigt hatte, "seit Jahren immer wieder Spione nach Sinkiang zu senden, dort eine Handvoll Verräter zu kaufen, offen zur Rebellion aufzuhetzen, bewaffnete Aggression und militärische Provokationen durchzuführen und jede Übeltat zu begehen", beschwor Chen Hsi-lien in einer öffentlichen Versammlung in Urumchi vor 100.000 Zuhörern das Bild eines sowjetischen Blitzkrieges:

"Wir müssen in höchster Alarmbereitschaft sein und volle Vorbereitungen gegen jeglichen Aggressionskrieg treffen, welcher durch den Imperialismus vom Zaun gebrochen wird", warnte er, "insbesondere dürfen wir nicht vergessen, daß die Revisionisten der S.U. nicht ihre Absicht aufgegeben haben, unser Land zu unterwerfen.

Wir müssen unsere Wachsamkeit erhöhen und darauf vorbereitet sein, zu kämpfen. Sinkiang liegt am Außenposten des Nordwestens unseres Landes. Wir müssen unsere Arbeit gut verrichten und uns vor Überraschungsangriffen der sowjetischen Revisionisten schützen" (1).

Daß Peking gewillt ist, zumindest auf absehbare Zeit seine "unversöhnliche" Haltung gegenüber der Sowjetunion beizubehalten, unterstreicht eine Geste am Rande des Chen Hsi-lien-Besuches: am 2. Oktober empfangen Chen Hsi-lien und die Mitglieder der Zentraldelegation ostentativ auch die Vertreter der Miliz des Kreises Hapaho, die 1974 jenen sowjetischen Hubschrauber niedergebracht hatten, dessen Besatzung sich noch immer in chinesischer Haft befindet (2).

Dieser bewußte Affront fügt sich nahtlos in das offizielle Feindbild einer nach Unterjochung trachtenden, kriegslüsternden Verschwörung sowjetischer Revisionisten: in den Berichten in der chinesischen Presse stellt sich die Situation an der sino-so-

wjetischen Grenze als permanenter Spannungszustand dar.

Vorbei und vergessen sind die Zeiten, in denen die gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion immer wieder als "Grenze der Freundschaft zwischen brüderlichen sozialistischen Staaten" gepriesen worden war; Sinkiang (wörtlich: "Neue Grenze") steht wieder als "eherne Mauer an der revisionistischen Front des Sozialimperialismus".

Zweifellos trägt die ebenso exponierte wie strategisch bedeutende Lage dieses Grenzgebietes mit dazu bei, daß Peking so empfindlich auf jede vermeintliche Verletzung oder tatsächliche Bedrohung seiner Grenze reagiert. Die Präsenz sowjetischer Truppen - westliche Schätzungen behaupten, daß ein Großteil der 45 sowjetischen Divisionen und nahezu ein Viertel der sowjetischen Luftwaffe im Vorfeld von Sinkiang massiert sind - läßt die 2.700 km lange Sinkianggrenze zur neuralgischen Berührungslinie mit der UdSSR werden.

Hinzu kommt der Rohstoffreichtum einer noch weitgehend unerschlossenen und geradezu "menscheneren" Provinz, die über reiche Lagerstätten an Kohle und Erz, Gold, Kupfer, sowie strategischen Rohmaterialien wie Wolframerz, Molybdän und Uran verfügt; die umfangreichen Öllagerstätten, deren bedeutendstes Vorkommen im Gebiet Karamai, d.h. "Schwarzes Öl", auf 600 Mio. t geschätzt wird, sowie die bereits erschlossenen Erdölquellen im Tarim- und Turfanbecken und im Ordosplateau. Die jährliche Fördermenge beträgt offiziell "ein Mehrfaches" der Erdölproduktion vor 1949, scheint aber mutmaßlich wegen der langen Transportwege derzeit nicht weiter forciert zu werden (3).

Dennoch ist das Gefühl einer akuten sowjetischen Bedrohung, welches die chinesische Propaganda heute zu suggerieren versucht, aus faktischen Gründen allein nicht zu erklären. In dem Vorwurf, daß "die sowjetischen Revisionisten nicht eher versöhnt sein werden, bis sie uns unterjocht haben" (4), bricht ein geradezu traumatisch belastetes Mißtrauen gegenüber dem sowjetischen Nachbarn durch, das weit in die Geschichte zurückreicht.

Wirft man einen kurzen Blick auf die jüngere Geschichte Sinkiangs, so zeigt sich, daß sich in diesem weiten innerasiatischen Territorium schon immer gegensätzliche wirtschaftliche und politische Interessen Russlands und Chinas gegenüberstanden; dabei hatten vor allem im 19. Jahrhundert russische Handelskonzessionen und später dann die sowjetische Ausbeutung der mineralischen Rohstoffe die wirtschaftliche Erschließung vorangetrieben.

Während nach dem Sturz der Manchu-Dynastie (Ch'ing) 1911 eine geschwächte chinesische Zentralregierung die Möglichkeit als wahrscheinlich erscheinen ließ, daß der größte Teil Sinkiangs ein Appendix des zaristischen Russlands wurde - Pläne, denen eine wachsende russische Bevölkerung sichtbaren Ausdruck verlieh - wurden mögliche expansionistische Absichten und Zielsetzungen durch den Ersten Weltkrieg und die Bolsche-

wistische Revolution im Keim erstickt.

Die sowjetische Kontrolle über ihre zentral-asiatischen Territorien wurde im allgemeinen nicht vor dem Jahr 1923 wiederhergestellt; Verträge, welche im folgenden Jahr zwischen Moskau und Peking abgeschlossen wurden, führten zu einer neuerlichen Öffnung sowjetischen Einflusses. Der hierbei vereinbarte Austausch von Konsuln, der zur Errichtung von chinesischen Konsulaten in Taschkent und vier weiteren Städten führte, sah gleichzeitig die Errichtung von sowjetischen Konsulaten in Urumchi, Altai, Chuguchak, Kuldja und Kashgar vor, was in der Folge zu einem Wiedererstarken des sowjetischen Einflusses in Sinkiang führte.

Bereits in den frühen 30er Jahren war der größte Teil des Außenhandels von Sinkiang in russischer Hand. Die wirtschaftliche Erschließung und Ausbeutung wurde dabei materiell durch die Fertigstellung der Turkestanisch-Sibirischen Eisenbahn im Jahre 1930, welche südlich von Semipalatinsk nach Alma Ata verlief, unterstützt. Der zunehmenden sowjetischen wirtschaftlichen Kontrolle folgte eine direkte politische Einflußnahme. Als zudem der chinesische Gouverneur Sinkiangs während eines Aufstandes der Dunganen - einer ethnisch chinesischen Volksgruppe mohammedanischen Glaubens (Hui) - Moskau zu Hilfe rief, konnte die Sowjetunion, gleichsam zum Dank für die rasche Niederschlagung der Revolte, durch die Errichtung der Soviet Trading Agency (Sovsintorg) ihren wirtschaftlichen Einfluß weiter festigen und sich in acht Schlüsselzentren der Provinz etablieren.

Darüberhinaus erhielt diese Handelsorganisation das Recht zur Erschließung der mineralischen Bodenschätze Sinkiangs; gleichzeitig blieben einige Abteilungen der Roten Armee auf chinesischem Territorium stationiert.

Abgesehen von den bereits fest etablierten materiellen und wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion ist die weitere Entwicklung Sinkiangs von dem Bemühen einer russischen bzw. chinesischen "Durchdringung" gekennzeichnet.

1. 1934 nahm General Sheng Shih-ts'ai der damalige chinesische Gouverneur, bei einem neuerlichen Dunganen-Aufstand wiederum den Beistand der Sowjets in Anspruch, da die KMT unfähig war, Hilfe zu leisten.

Bis 1942 wurde daraufhin, als Folge der massiven russischen militärischen Intervention, Sinkiang als sowjetischer Satellit - zwar nominell immer noch unter der Oberhoheit der Republik China und durch einen chinesischen Gouverneur -, in Wirklichkeit aber durch den sowjetischen Generalkonsul in Urumchi, verwaltet. Weitere Revolten in den Jahren 1936 und 1937 dienten nur dazu, den status quo, d.h. die Abhängigkeit von den sowjetischen Verbündeten, zu untermauern.

Sheng, der wiederholt die nationale Führungsschicht "säuberte", richtete seine Politik dabei nach Maßgabe seiner sowjetisch-bolschewistischen Ratgeber aus. Indem er teilweise dem traditionellen Druck, chinesische Beamte durch lokale Nationalisten zu ersetzen, nachkam, konnte er - wenn auch nur in bedingtem Maße - auf lokale Unterstützung rechnen. Unter seiner Verwaltung breitete sich die bolschewistische Doktrin, insbesondere deren Nationalitätentheorie, aus.

2. Als durch den deutschen Einmarsch in Rußland die militärische Unterstützung Shengs erheblich reduziert wurde, verbündete Sheng sich mit der chinesischen KMT und entfernte alle seine sowjetischen Ratgeber. Die völlige Kehrtwendung seiner bishe-

gen Politik hatte eine brutale Unterdrückung der lokalen Kommunisten zur Folge, in deren Verlauf auch Mao Tse-tungs Bruder, Mao Tse-min, der Finanzminister der Provinz gewesen war, umgebracht wurde.

3. Seit 1944, nachdem das Blatt sich am Kriegsschauplatz für die Sowjetunion gewendet hatte, entflammte wieder eine neue Serie von mohammedanischen Aufständen, die mit politischer Unterstützung und materieller Hilfe der S.U. inszeniert worden waren. So hatten die von uighurischen und kasachischen Stämmen getragenen sog. "Ili-Rebellen" im November 1944 einen großen Teil des Ili-Tales vom Altai-Gebirge bis nach Manass unter ihre Kontrolle gebracht und eine "Ostturkestanische Republik" proklamiert.

Die zwar sowjetisch gestützte, im Kern aber nationalistisch revolutionäre Bewegung hatte sich ursprünglich die Vertreibung aller Chinesen aus Sinkiang und die volle Unabhängigkeit für die ganze Provinz zum Ziel gesetzt. 1949, mit der "Befreiung" Sinkiangs war es dann mit der Herrlichkeit einer selbständigen (islamischen) "Ostturkestanischen Republik" vorbei; es dauerte bis 1954, ehe die untergegangene Republik wieder als autonomer kasachischer Bezirk (chou) Ili neu formiert wurde. (Die besonderen Fähigkeiten der chinesischen Kommunisten, gescheiterte Nationalisten auf ihre Seite zu ziehen, werden auf eindrucksvolle Weise am Fall Saifudins demonstriert: Saifudin, der mit Ämtern überhäufte heutige Parteichef Sinkiangs, hatte als moskauhöriger Uighure bis zuletzt als Erziehungsminister der "Ostturkestanischen Republik" amtiert.)

Mehr oder weniger nominelle politische Zugeständnisse gegen handfeste wirtschaftliche Konzessionen - dieses ungleiche Zug um Zug Geschäft charakterisiert auf weite Strecken hin das traditionelle Kräfteverhältnis der Sowjetunion zu China.

Im Grunde versuchte die UdSSR, dieses ungleiche Tauschgeschäft bis in die 50er Jahre hinein fortzusetzen. So hatte Stalin sich 1950 noch die Anerkennung und Kodifizierung Sinkiangs als Teil der VRCh mit dem Preis wirtschaftlicher Zugeständnisse bezahlen lassen - erst 1954 war die VRCh, wenn gleich unter erheblichen Opfern, in der Lage, sich von den gemischt sino-sowjetischen Gesellschaften zur Erschließung der Eisen-, Erz-, Kohle- und Uranvorkommen Sinkiangs freizumachen.

Seit 1917 wurden die "traditionellen" Beziehungen der Sowjetunion zu China jedoch zunehmend durch einen neuen Aspekt überlagert:

Die Einwirkung bolschewistischer Ideen auf der sowjetischen Seite der Grenze mußte einen "nationalistischen" Einfluß auf die nomadisierenden Völker der Uighuren, Kasachen, Kirgisen und Tadschiken ausüben, welcher jederzeit auf die Nomaden- und Oasengesellschaften jenseits der Grenze, die mit diesen Völkern gleiche ethnische, religiöse und kulturelle Interessen sowie eine gemeinsame Geschichte und Sprache teilten, ausstrahlen konnte.

Das Beispiel der angrenzenden kasachischen, usbekischen und kirgisischen Republiken der UdSSR ließ dabei Sinkiang gleichsam als Gegenmodell zum Muster chinesischer Minderheitenpolitik werden - dies umso mehr, als jeder Einfluß auf die mohammedanisch-türkischen Volksstämme nicht ohne weitreichende Folgen auf die lange Kette innerasiatischer Völkergruppen blieb, welche von den Mongolen bis zu den Kurden im Fernen Westen reichte.

Insbesondere die föderative Nationalitätenpolitik der UdSSR, die sich mit dem Versprechen nach Selbstverwaltung leicht gegen die chinesischen Interessen ausspielen ließ, mußte dabei als bedrohlicher Ausgangspunkt "sezessionistischer" nationaler Bestrebungen empfunden werden. Dies wurde vor allem bei der oben erwähnten Ili-Rebellion deutlich, die - nicht ohne politische und materielle Unterstützung Moskaus - Uiguren und Kasachen in einer antichinesischen Bewegung vereinte; sie erscheint in diesem Zusammenhang nicht nur als "logische Fortentwicklung" von Sheng Shih-ts'ais Nationalitätenprogramm, sondern scheint darüber hinaus das "Überschwappen" der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu exemplifizieren - ein Effekt allerdings, der sich nicht ohne tatkräftige Mitwirkung sowjetischer Beamter einstellte.

Zweifellos belastet heute noch die Hypothek der nationalen anti-chinesischen Ostturkestanischen Republik Peking bei der Handhabung der "Nationalitätenfrage" ebenso sehr, wie das Beispiel der unmittelbar angrenzenden Kasachischen Republik der UdSSR.

Noch 1958 wies der damalige Parteisekretär Sinkiangs öffentlich das Verlangen nach einer "Uighurstan" oder Uighurischen Republik nach dem Muster der Kasachischen Republik der UdSSR zurück.

Gleichzeitig wurden "lokale Nationalisten" angeklagt, "die sino-sowjetischen Beziehungen zu vergiften", wobei den Dissidenten vorgeworfen wurde, Han-chinesische Kader im Vergleich mit russischen Pendanten auf der Gegenseite abzuwerten.

Die rivalisierenden Bestrebungen, nationale Sentiments und Ressentiments der türkisch-mohammedanischen Minderheiten im Spannungsfeld der "Russifizierung" bzw. "Sinisierung" wechselseitig gegeneinander auszuspielen, entluden sich 1964 in gegenseitigen Vorwürfen, die anschaulich demonstrierten, wie empfindlich beide Seiten auf die heikle Nationalitätenfrage reagierten.

So warf Peking den Sowjets vor, den Versuch zu unternehmen, "die Einheit des chinesischen Volkes unterschiedlicher Nationalitäten zu unterminieren" (5), "Unruhe in den nationalen Beziehungen ... unseres Landes zu schüren" (und) "Anti-Han-Gefühle unter der mohammedanischen Bevölkerung zu entfachen" (6). In direkter Replik hierauf stellte dagegen die Zeitschrift *Kommunist* die Frage "Warum Peking gegenwärtig auf der russischen und nationalen Einheit der mandschurischen und mongolischen Nationen besteht", und beantwortete sie selbst damit, daß der Grund in der Tatsache liege, daß die Chinesen "in einer versteckten, aber doch durchschaubaren Weise langfristige territoriale Ziele im Hinblick auf die Äußere Mongolei und die Provinzen von Wladiwostok absteckten" (7).

Diese Vorwürfe, die erstmals 1964 so klar ausgesprochen wurden, werden seitdem immer wieder hervorgekehrt. Bei aller Rivalität um Einflußsphären und Machtpositionen sind sich indes die UdSSR und die VRCh in der Abwehr eines "lokalen Nationalismus" einig, der möglicherweise in gefährliche "pan-islamische und pan-türkische" Bewegungen münden könnte.

Sowjetische "Säuberungen" wie die des Jahres 1958, denen Turkmenen, Usbeken und Tadschiken zum Opfer fielen, entsprechen auf der chinesischen Seite die wiederholten Säuberungswellen nationaler Figuren, sowie die häufigen Anklagen "nationaler separatistischer Elemente": eine wirkliche nationale Unabhängigkeitsbewegung dieser Volksstämme muß an den Macht-

interessen Moskaus und Pekings scheitern.

Der folgende Abriß soll das sino-sowjetische Verhältnis anhand einiger Daten aus der jüngsten Geschichte Sinkiangs illustrieren.

### Einzelne Stationen der Entwicklung Sinkiangs seit 1949

**1949** Fehlgeschlagener letzter Versuch des sowjetischen Generalkonsuls in Urumchi, den KMT-Provinzgouverneur General T'ao Shih-yüeh zur Ausrufung eines unabhängigen Sinkiang - nach dem Präzedenzfall der Äußeren Mongolei - zu bewegen. T'ao Shih-yüeh weist den sowjetischen Vorschlag zurück und schlägt sich mit seinen Truppen auf die Seite der chinesischen Kommunisten.

(Dezember) Gründung der chinesischen kommunistischen Regierung in Sinkiang.

**1950** Die UdSSR stimmt der Re-Integration der sowjetisch gestützten "Ostturkestanischen Republik", die seit 1944 das nordwestliche Sinkiang kontrolliert hatte, in die Provinz zu.

Sino-sowjetische Verhandlungen in Moskau, an welchen auch eine Delegation aus Sinkiang unter der Leitung Saifudins teilnimmt, führen am 27.3. zum Abschluß eines Abkommens über die Gründung zweier sino-sowjetischer Aktiengesellschaften, deren Ziel die Erschließung und Ausbeutung von insbesondere Öl, Uran und anderen nicht eisenhaltigen Metallen und Mineralien Sinkiangs ist.

(Vorgesehen ist die paritätische Aufteilung von Kapital, Kontrolle und Profiten zwischen beiden Staaten; alternierender Vorsitz der beiden Gesellschaften durch Sowjets und Chinesen, gemischte Besetzung der Deputierten, Dreijahresturnus des Vorsitzenden, wobei allerdings zunächst die Besetzung der Führungspositionen durch Sowjets vorgesehen war. Laufzeit des Abkommens: 30 Jahre.)

Ein weiteres, zur gleichen Zeit abgeschlossenes Abkommen sieht die Errichtung einer sino-sowjetischen Luftfahrtsgesellschaft und die Öffnung eines Luftweges zwischen Peking und Alma Ata auf der Sian-Lanchow- und Urumchi-Strecke vor (Laufzeit: 10 Jahre).

Erst Mitte 1950 erreichen Einheiten der VBA erstmals Kashgar im Westen und andere, entferntere Regionen im Norden Sinkiangs.

**1954** Auflösung der sino-sowjetischen Aktiengesellschaften

**1960** Im Zusammenhang mit den Unruhen an der tibetischen Grenze, welche zur Flucht des Dalai Lama 1959 nach Indien führen, tauchen in der westlichen Presse erste Meldungen über Grenzunruhen und bewaffnete Zusammenstöße mit sowjetischen Einheiten an der Sinkiang-Grenze auf.

Der Bruch der sino-sowjetischen Beziehungen führt zur Aufgabe weiterer Pläne und Vorhaben einer engeren wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erschließung und Verbindung zwischen Sinkiang und Sowjet-Zentralasien. Das Projekt einer Eisenbahnlinie von Alma Ata nach Urumchi wird fallengelassen.

**1962** Im Frühling verlassen ca. 50.000 Personen, zumeist Kasachen und Uiguren, samt ihrem Vieh, Sinkiang, um zu ihren Stammesbrüdern in die Sowjetunion überzusiedeln. Dieser Massenexodus, der nicht ohne aktive Unterstützung der S.U. zustande gekommen ist (Ausgabe von sowjetischen Pässen, Offenhalten der Grenzen, Stellung von Lastwagen für den Ab-

transport, usw.) führt am 26.3. zur chinesischen Schließung der Grenze.

Drei Tage später kommt es deswegen zu Protestmärschen von schätzungsweise 5000 Uiguren und Kasachen gegen das Chinesische Kommunistische Stadtbüro in Kuldja (Ining), die zu tätlichen Auseinandersetzungen mit chinesischen Beamten führen und durch den Einsatz von bewaffneten Truppen aufgelöst werden müssen (8).

Zwei Monate später befehlen die chinesischen Behörden die Schließung der sowjetischen Konsulate in Kuldja, Kashgar und Urumchi.

1963 Am 6. September nimmt Peking in einem gemeinsamen Leitartikel der Volkszeitung und der "Roten Fahne" zu diesem Vorfall Stellung und richtet dabei weitere Vorwürfe gegen die S.U., die seitdem immer wiederkehren:

"Im April und Mai 1962 setzten die Führer der KPdSU ihre Organe und ihr Personal in Sinkiang, China, ein, um großangelegte subversive Aktivitäten in der Ili-Region durchzuführen. Sie verleiteten einige zehntausend von chinesischen Bürgern dazu, in die Sowjetunion überzuwechseln. Die chinesische Regierung wurde in dieser Sache wiederholt in Moskau vorstellig, aber die sowjetische Regierung weigerte sich unter dem Vorwand des 'Gefühls der sowjetischen Legalität' und des 'Humanitarismus', diese chinesischen Bürger zu repatriieren. Bis zum heutigen Tag blieb dieser unerhörte Vorfall unbereinigt." (9)

Umgekehrt wirft die S.U. im gleichen Atemzuge der VRCh in der Iswestija vor, daß "seit 1960 chinesische Armeeangehörige und Zivilisten systematisch die sowjetische Grenze verletzt haben. Allein im Jahr 1962 wurden mehr als 5000 Verletzungen der sowjetischen Grenze von chinesischer Seite aus registriert. Außerdem wurden Versuche gemacht, einige Teile des sowjetischen Territoriums zu 'erschließen'." Der Artikel schließt mit der Warnung: "... Die künstliche Schaffung von irgendwelchen territorialen Fragen in unserer Zeit, insbesondere zwischen sowjetischen Staaten, heißt nichts anderes, als einen sehr gefährlichen Weg einzuschlagen." (10)

Während der Ton der gegenseitigen Vorwürfe und Anschuldigungen im Zusammenhang mit Grenzreibeereien und nie näher genannten "subversiven Aktivitäten" an Schärfe zunimmt, wurde das Verhältnis Moskau Peking wenig später durch eine historische Hypothek belastet, deren Gewicht ungleich schwerer wiegt.

Am 8.3. veröffentlicht die Volkszeitung einen Leitartikel, der unter direktem Bezug auf eine wenige Wochen zurückliegende Rede Chruschtschews die Frage der "Ungleichen Verträge" ins Spiel bringt (11).

Unter der Liste der "Ungleichen Verträge", die in der Vergangenheit chinesischen Regierungen aufgezwungen wurden, wird neben dem Vertrag von Aigun (1858) sowie dem Vertrag von Peking (1858) auch der Ili-Vertrag von 1881 aufgeführt, der seinerzeit zur Abtretung des westlichen Ili-Gebietes an das zaristische Rußland geführt hatte. Die Entschlossenheit, die Peking dabei bekundete, die Frage der umstrittenen 650.000 qkm sowjetischen Territoriums in Asien zu regeln, sobald, wie es heißt, "die Verhältnisse reif dafür sind", muß das sino-sowjetische Verhältnis grundsätzlich und auf Dauer belasten.

Insbesondere die Erklärung, daß "das chinesische Volk entschlossen ist, sein souveränes Recht zur Befreiung seines eigenen Territoriums auszuüben", muß in den Augen Moskaus nach-

drücklich auf die langfristigen Machtinteressen Pekings hinweisen, welche hinter den oft propagandistisch hochgespielten Grenzkonflikten stehen.

1964 18.10. Zündung der ersten chinesischen Wasserstoffbombe auf dem Atomversuchsgelände in der Wüste Lop Nor im Norden Sinkiangs.

1969 Gleichzeitig mit den Ussuri-Kämpfen kommt es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen an der Sinkiang Grenze.

Oktober: Aufnahme von Grenzverhandlungen mit der UdSSR, die bis heute ohne Ergebnis bleiben.

1974 März: Beschlagnahmung eines sowjetischen Hubschraubers und Verhaftung der dreiköpfigen Besatzung, die sich laut sowjetischer Darstellung durch einen witterungsbedingten Navigationsfehler verfliegen hatten, nach chinesischer Version aber Feindaufklärung betrieben.

1975 Oktober: Neuerliche Zündung einer unterirdischen Kernwaffenbombe auf dem Versuchsgelände in Lop Nor.

### Die chinesische Minderheitenpolitik in Sinkiang

Zwei Zielsetzungen kennzeichnen die langjährige Sinkiangpolitik Pekings: eine mit massiver finanzieller, technischer und personeller Unterstützung der Zentralregierung vorangetriebene wirtschaftliche Erschließung dieses Rohstoff-Hinterlandes, sowie das Bemühen um eine völlige Integration dieser Provinz in die chinesische Völkergemeinschaft.

Beide Maßnahmen stützen sich dabei auf ebenso traditionelle wie erprobte Methoden, die auf eine mit der wirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verbundene Sinisierung hinauslaufen: massive Ansiedlung von Han-Chinesen, um die mohammedanisch-türkischen Mehrheiten aufzulösen, "Domestizierung" der nomadisierenden Stämme durch den Bau von festen Wohnhäusern und deren wirtschaftliche Bindung an Volksgemeinschaften, Erschließung der schwer zugänglichen Regionen durch Straßen und moderne Verkehrsmittel, welche zugleich eine bessere Kontrolle über abgelegene Minoritätsgruppen ermöglichen, Ausschaltung der angestammten türkischen Elitegruppen, sowie ein kulturelles Reformprogramm (Sprache, Literatur, Kunst, Theater, Film), das zwangsläufig übernommene türkisch-islamische Wertvorstellungen und Traditionen aushöhlen mußte.

### GRENZSICHERUNG

Während Peking als Reaktion auf die radikal betriebene Sinisierungspolitik immer wieder aufflackernde "nationalistische" und "sezessionistische" Bestrebungen zu schaffen machten, wurden die Grenzkonflikte, die sich unvermeidlicherweise durch frei umherschweifende Nomadenstämme, wie die Kasachen, ergaben, die sich über eine lediglich politische Grenze hinwegsetzten, zu Beginn der 60er Jahre erheblich eingeschränkt.

Seit 1961 begann die VR China, ihre Position entlang des umstrittenen Grenzverlaufs durch die Niederlassung ehemaliger Armee- und Milizangehöriger zu sichern, welche auf großen (teil-)mechanisierten Staatsfarmen angesiedelt wurden. Unter der "Führung von Veteranen und Kämpfern der VBA", wie es in einer Meldung der NCNA vom August 1963 heißt, existierten 1963 bereits 149 dieser landwirtschaftlichen

Staatsbetriebe. Heute wird ihre Zahl mit 500 angegeben (12). 1964 wurde bekannt, daß China erhebliche Anstrengungen unternahm, um seine militärische Präsenz in Sinkiang zu verstärken. Zusätzlich zu den dort bereits stationierten Einheiten wurden allein während der ersten Hälfte des Jahres 1964 200.000 Soldaten der VBA, die dem "Produktions- und Aufbaucorps Sinkiang" zugeordnet waren, in Kuldja und in Teilen des nördlichen Sinkiang angesiedelt.

Die bäuerliche Marktstadt Kuldja selbst wurde dabei in eine militärische Basis umgewandelt. Alle Zivilisten im Umkreis von 25 km von der sowjetischen Grenze wurden durch Militäreinheiten ersetzt und ein 20 km breiter Streifen im Niemandsland zwischen den Grenzen angelegt.

Die erste Verteidigungslinie bildeten Grenzposten, auf die in zweiter Linie gestaffelte Divisionen kampfbereiter Truppen folgten; dahinter gruppierten sich die erwähnten Staatsfarmen, Fertigungsstätten und Betriebe, die zumeist dem "Aufbaucorps" unterstanden.

#### MASSIVE SINISIERUNG

Die über die rein politisch festgelegte Grenze mit der UdSSR hinausreichenden ethnischen, sprachlichen, religiösen und historischen Stammeszugehörigkeiten, welche die in Sinkiang lebenden Uighuren und Kasachen mit den Turkvölkern im Westen verbinden, stellen die Minderheitenpolitik Pekings vor überaus schwierige Aufgaben. (Siehe hier Karte auf d.nächsten Seite)

Die letzte offizielle Volkszählung der VRCh (1953) weist folgen die Zahlen für die verschiedenen Volksgruppen (- der prozentuelle Anteil an der Gesamtbevölkerung wird in Klammern angegeben -) aus:

I. Turkvölker	
1. Uighuren.....	3.640.000 (74.68)
2. Kasachen .....	475.000 ( 9.74)
3. Kirgisen .....	70.000 ( 1.44)
4. Andere .....	13.000 ( 0.26)
II. Han-Völker	
1. Han .....	300.000 ( 6.15)
2. Dunganen (d.s. ethnische Chinesen mohammeda- nischen Glaubens, sog. Hui) .....	200.000 ( 4.1 )
III. Mongolen .....	120.000 ( 2.46)
IV. Manchus, Sibos (d.s.türki- sierte Manchustämme) .....	20.000 ( 0.41)
V. Russen .....	13.000 ( 0.26)
VI. Tadschiken .....	15.000 ( 0.3 )
VII. Andere .....	8.000 ( 0.16)

4.874.000

Seit 1953 liegen nur spärliche und oft widersprüchliche Zahlenangaben vor (13), dennoch lassen sich aus den verstreuten chinesischen Einzelmeldungen folgende Feststellungen treffen:

1. Während die Bevölkerung Sinkiangs von 1953 bis 1959 um 25% auf 6 Millionen anstieg, beziffern offizielle Verlautbarungen die gegenwärtige Bevölkerung mit "über zehn Millionen" (14).

Im fast gleichen Zeitraum, nämlich von 1949 bis 1974, nahmen dabei die Uighuren als größte Bevölkerungsgruppe um 56% bzw. 42% zu (15).

Sieht man einmal von der Diskrepanz der offiziellen chinesischen Angaben ab, die zu einer rechnerischen Differenz der heutigen uighurischen Bevölkerung in der Größenordnung von etwa einer halben Million Einwohner führt, so hat demnach die uighurische Bevölkerung seit 1953 um etwa die Hälfte zugenommen. Mit anderen Worten heißt das, daß bei einem zahlenmäßigen Anstieg der Uighuren von 3,6 Mio. auf etwa 5,5 Mio. prozentuell gesehen ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung seit 1953 von 74,7% auf 54% gefallen ist.

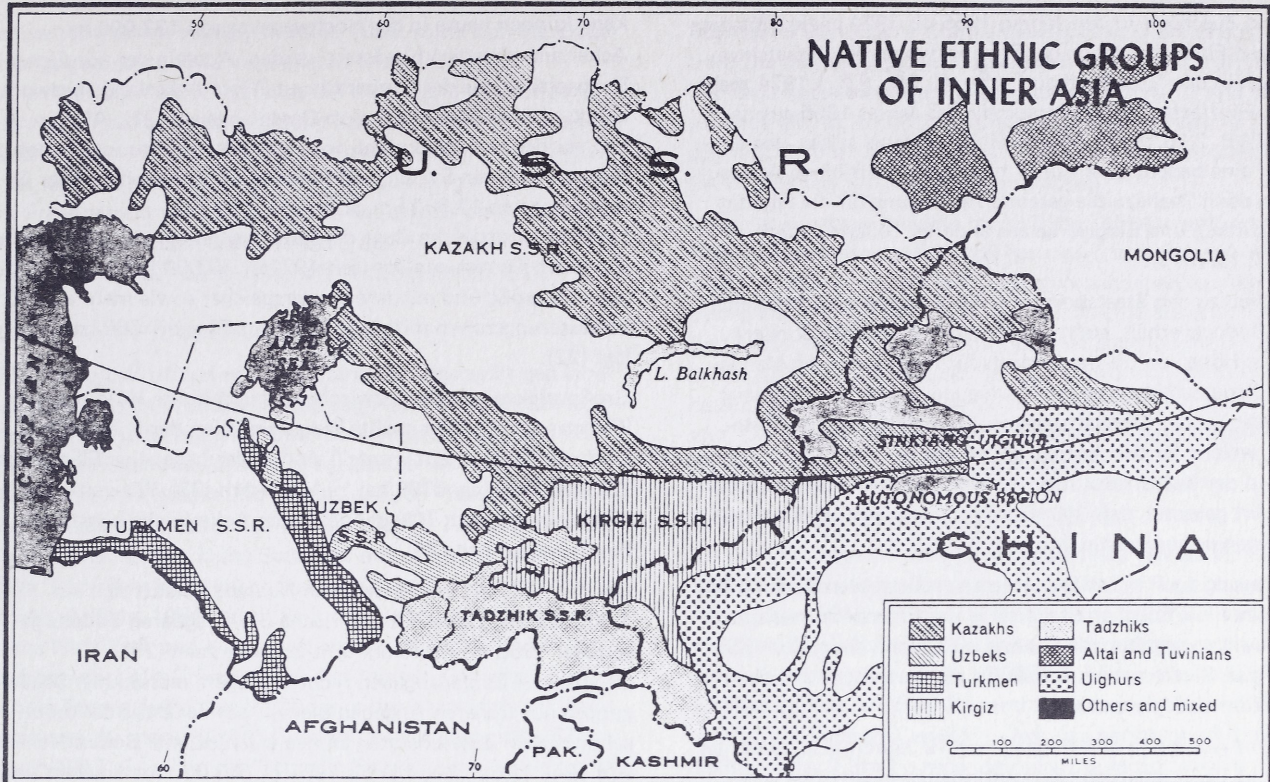
Dem steht eine sprunghafte Zunahme der Han Bevölkerung gegenüber: von 300.000 Einwohnern (1953) oder 6% der Gesamtbevölkerung stieg ihre Zahl bis 1960 auf annähernd 2 Mio. und erreichte damit bei einer Bevölkerung von nahezu 7 Mio. einen Anteil von ca. 29%.

1965 geben Schätzungen bereits die Zahl der Han Bewohner mit 2,5 Mio. oder ca. 36% der Gesamtbevölkerung an.

Nach einer Meldung der NCNA vom 20.9.1975 beträgt heute der Anteil der Minoritäten nur noch 60% der Bevölkerung Sinkiangs. Veranschlagt man demzufolge die Zahl der Han Chinesen mit 4 Mio. bzw. 40% an der Gesamtbevölkerung der Provinz, so ergibt sich seit 1953 eine Verdreizehnfachung des hanchinesischen Bevölkerungsanteile, während im gleichen Zeitraum, wie gesagt, die Anzahl der Uighuren um bestenfalls die Hälfte zunahm. Der anhaltende Besiedlungsprozeß dieses freilich immer noch "menschenleeren" Gebietes wurde immer wieder durch regelrechte Einwanderungswellen unterstrichen. So zogen allein im März 1959 über 100.000 Hanchinesen aus den Provinzen Kiangsu, Hopei und Anhui nach Sinkiang (16).

Wenigstens vier Kategorien lassen sich bei den zugewanderten Han unterscheiden: reguläre Armeeangehörige, Zivilisten, die für die VBA arbeiten, "Volksfeinde", die zu langen Strafen in Arbeitslagern verurteilt wurden, sowie eine nach Ende der Kulturrevolution wachsende Zahl von "Hinab-ins-Land" zur Arbeit geschickten Jugendlichen mit Schulabschluß.

Der Großteil der Zuwanderer dürfte sich dabei hauptsächlich in den Städten, in denen heute schätzungsweise 20% der Provinzbevölkerung leben, niedergelassen haben. Vor allem in Städten wie Urumchi, dem geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum Sinkiangs, dessen Einwohnerzahl seit 1949 bis heute von 80.000 um das Zehnfache anstieg, sowie den neugegründeten Industriestädten Shihhotzu (Dsungarei) und Alaerk (Tarimbecken) dürfte der chinesische Bevölkerungsanteil überproportional hoch liegen.



#### FÜHRUNGSROLLE DER HAN-CHINESEN BEIM WIRTSCHAFTLICHEN AUFBAU

Die Fortschritte Sinkiangs in der Landwirtschaft (Vergrößerung der Anbaufläche, Ertragssteigerung, Diversifizierung - wie etwa Reisanbau, zunehmende Mechanisierung usw.) und die ersten, wenn auch noch langsamen Schritte auf den Aufbau einer (Leicht-) Industrie hin sind ohne die vorangegangene Bevölkerungsumschichtung undenkbar.

Die radikal betriebene Kolonialisierungspolitik eines nur dünn besiedelten Grenzgebietes, das in hohem Maße anfällig für sowjetische "Einmischungen" erschien, brachte vom Standpunkt Pekings aus dabei zwei Vorteile: So boten die umgesiedelten Han nicht nur eine sichere Gewähr, gegenüber sowjetischen Appellen an ein uighurisches Nationalgefühl immun zu sein, sondern der Vorsprung an praktischer Erfahrung und dringend benötigtem technischem Wissen mußte ihnen - abgesehen von der politischen Vormachtstellung - einen führenden Platz bei der wirtschaftlichen Entwicklung Sinkiangs garantieren.

So bestimmen heute Han-Chinesen in allen wesentlichen Schlüsselpositionen über die Leitung der Staatsgüter, der Bewässerungsprojekte, die den Wüstengebieten Oasenland abgewinnen, der Ölfelder und neuen Industriezentren.

Die führende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung Sinkiangs hat dabei das (han-chinesische) "Produktions- und Aufbaucorps" der VBA gespielt, das bisher 500 große, inzwischen weitgehend mechanisierte Staatsgüter eingerichtet hat, die sich mit Landwirtschaft, Viehzucht, Aufforstung und Fischerei beschäftigen (17).

Wie in der Landwirtschaft spielte das VBA-Corps auch eine führende, aktive Rolle beim Aufbau einer (Leicht-) Industrie.

Lt. Radio Urumchi vom 16.12.1974 errichtete das Aufbaucorps im gleichen Jahr eine große chemische Düngemittelfabrik und betrieb daneben 500 Fabriken unterschiedlicher Größe (neben Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie Kraft- und Chemiewerke, Anlagen zur Verarbeitung von Erdöl, Kohle, Kupfer,

Papier, Fleisch usw.). Für keinen Sektor der Industrieproduktion liegen Zahlenangaben vor. Stattdessen sollen einige Daten zu Urumchi ("Schöne Weide"), dem Schrittmacher der Industrialisierung, die Entwicklung bezeichnen, die Sinkiang in den vergangenen 26 Jahren zurückgelegt hat: Urumchi, das 1949 nur 80.000 Einwohner hatte, zählt heute bereits über 800.000 Einwohner, darunter allein 200.000 Industriearbeiter. Waren 1949 nur 14 Betriebe vorhanden, so gibt es heute über 550 Fabriken und Fertigungsstätten, wie ein Eisen- und Stahlwerk, eine Kunstdüngerfabrik, Fabriken für Kraftwerk-ausrüstungen, Werkzeug- und Maschinenbau, Chemikalien sowie eine Vielzahl leichtindustrieller Betriebe zur Herstellung und Bearbeitung von Papier, Zucker, Pelzwaren, Tee, Seide, Baumwolle, Textilien, Leder u.a.m.

Der gegenwärtige Entwicklungsstand Sinkiangs und die staatlichen Maßnahmen und Leistungen zur Förderung dieses "Randgebietes" lassen sich im folgenden aufgrund der dürftigen jüngsten Angaben nur kurz umreißen.

#### STAATLICHE INVESTITIONEN UND STEUERPRÄFERENZEN

Für Peking wird Sinkiang noch auf lange Zeit von erheblich größerer politisch-strategischer als wirtschaftlicher Bedeutung sein. Die in düstersten Farben propagierte militärische Bedrohung durch die Sowjetunion erscheint dabei als der eigentliche Motor eines unter großem Kostenaufwand vorangetriebenen Aufbaus eines chinesischen Sinkiang, das allerdings - bei allem potentiellen Reichtum seiner Ressourcen - noch lange brauchen wird, um auch wirtschaftlich als Aktivposten in der Bilanz Pekings zu figurieren.

Sinkiang genießt seit Jahren die Vorzüge einer ausgesprochenen Subventionspolitik Pekings: so darf die Provinz nicht nur alle lokalen Steuereinnahmen behalten, sondern erhält darüber hinaus noch beträchtliche Beihilfen durch die zentralen Behörden zugewiesen. Dabei betragen die staatlichen Investitio-

nen und Zuschüsse in den Jahren 1955 bis 1974 allein 53% des gesamten Finanzhaushalts der Provinz, wobei die "Staatsinvestitionen in den Grundaufbau (基本建設) 1974 mehr als das Fünffache der Gesamtsumme des Jahres 1955 ausmachten" (SWB, 2.10.1975). Spielte Sinkiang dabei selbst, wie es heißt, "eine bedeutsame Rolle" beim wirtschaftlichen Aufbau, so kam doch "nahezu die gesamte Ausrüstung für die wichtigsten Fabriken und Bergwerke aus anderen Teilen Chinas" (SWB, 2.10.1975).

Zusätzlich zu den Staatsbeihilfen, die Sinkiang zum Ausgleich seines Budgets erhält, steht der Provinz jährlich ein Sonderzuschuß in Höhe von 5% des Budgets für Aufgaben nach Maßgabe der Regionalbehörden zur Verfügung. Ferner hat Sinkiang "Priorität bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Materialien, welche für den Aufbau gebraucht werden" (18). Während der Kulturrevolution wurden daneben Staatsbeihilfen in der Art geleistet, daß 340 Krankenhäuser in Volkskommunen kostenlos ausgerüstet wurden.

Bevorzugung auch in der Steuergesetzgebung: Werden auch im allgemeinen die üblichen Steuersätze des Finanzministeriums angewandt, so erhalten die Grenzgebiete doch einen "um 75% ermäßigten Steuersatz als Anreiz für die landwirtschaftliche Produktion und Viehzucht".

Insgesamt wurden in den vergangenen 19 Jahren, d.h. zwischen 1955 und 1974, staatliche Subventionen in einer Höhe von 260 Mio. Yuan geleistet, "um den speziellen Bedürfnissen der Uighuren, Kasachen, Mongolen, Kirgisen und anderer Minderheitenvölker ... entgegenzukommen" (19).

Wichtiger als die finanzielle Unterstützung dürfte beim weiteren Aufbau allerdings die Entwicklungshilfe Pekings in Form von qualifizierten Facharbeitern, Technikern, Ärzten, Planungsspezialisten usw. sein. Dementsprechend wies Saifudin rückblickend zwar auf die "enorme Hilfe in bezug auf Arbeitskräfte, Materialien und Geld" hin, welche Sinkiang in der Vergangenheit erhalten hatte, hob gleichzeitig aber auch hervor, daß es bei der weiteren Entwicklung "in Zukunft notwendig sein wird, Hilfe, insbesondere in Form von Arbeitskräften", zu erhalten (20).

#### NEULANDGEWINNUNG UND BEWÄSSERUNG

Angesichts des Wüstenklimas in Sinkiang sind Neulandgewinnung und Steigerung der agrarischen Produktion in entscheidendem Maße abhängig von der Lösung des Bewässerungsproblems. Hier sind im Verlauf der letzten Jahrzehnte lt. den offiziellen Angaben beachtliche Fortschritte erzielt worden. So konnten beispielsweise im Gebiet von Shihhotzu in der südlichen Dsungarei, einem früheren Wüstengebiet, zwölf moderne, mechanisierte Staatsgüter angelegt werden, auf denen Weizen, Baumwolle, Ölsaaten und Melonen angepflanzt werden. Neben der Anlage von Wasserspeichern und Oasen wurden Schutzgürtel aus Bäumen angelegt, um die immer wieder auftretenden Verwüstungen durch Sandstürme einzudämmen. In dem von Wüste umgebenen Turfan-Kreis, der besonders unter Trockenheit und Sandstürmen zu leiden hatte, wurden z.B. 1300 "Forstgürtel" in einer Gesamtlänge von 1.300 km und vier große Bewässerungskanäle angelegt, in die geschmolzener Schnee von den nahegelegenen T'ien-shan Bergen abgeleitet wird, so daß sich das Ackerland von 12.000 ha auf 20.000 ha erweiterte.

Durch Dämme und Reservoirs an den Flüssen Tarim und Yar -

kand können heute in der Hochwassersaison 133.000 ha Ackerland künstlich bewässert werden. Auch in der nördlichen Dsungarei wurde der Kurbantongut-Wüste Ackerland abgewonnen, und es wurden 2000 qkm Oasen angelegt (21). Alles in allem wurden seit 1949 nicht nur Tausende von Brunnen gebohrt, sondern auch ein System von Bewässerungskanälen in einer Gesamtlänge von 17.500 km gezogen.

Insgesamt wurden im Zuge der Landgewinnung - hier sind auch die neuen Terrassenfelder (seit 1971: + 53.000 ha) zu erwähnen - 80 große und mittlere Wasserspeicher sowie mehr als 500 Bewässerungszonen mit einer Mindestgröße von 660 ha angelegt (22).

Großprojekte, wie das inzwischen fertiggestellte Hutoushan-Wasserreservoir, "der größte Wasserspeicher, der je auf dem Dach der Welt gebaut wurde", sind in der Lage, eine Fläche von 100.000 Mou (ca. 6700 ha) zu bewässern (23). Wie verlautet, können heute über 70% der gesamten Ackerfläche künstlich bewässert werden (24).

Der seit 1949 erzielte Gewinn an Neuland beläuft sich auf 1.300.000 ha. Dabei hat die Fläche des pflügbaren Bodens gegenüber 1955 bis heute um 89% zugenommen (25). Da absolute Zahlenangaben nicht vorliegen, müssen hier Schätzungen aus früheren Angaben dienen: auf der Basis der durchschnittlichen Zuwachsraten an neu erschlossener Bodenfläche von 1949 (1.026.600 ha) bis 1957 (1.813.000 ha) ergeben sich für 1955 1.616.550 ha, was bei der erwähnten Steigerung einer heutigen Fläche von etwa 3.055.000 ha entspricht.

#### LANDWIRTSCHAFT: "AUF DEM WEG IN DIE MECHANISIERUNG"

Neben der Gewinnung landwirtschaftlicher Nutzfläche, die sich nur unter widrigsten Umständen und zum Teil in Regionen, in denen das ganze Jahr kein Tropfen Wasser fällt, durchsetzen läßt, kommt der Mechanisierung der Landwirtschaft erhöhte Bedeutung zu. Betrug 1965 der Anteil der Fläche des traktorgepflügten Landes noch 30%, so beträgt heute der Grad der Mechanisierung beim Pflügen 57%, beim Säen 55,8% und beim Ernten 15% (26).

Seit 1955 stieg der Einsatz von Traktoren um das "42fache", was allerdings in absoluten Zahlen gesehen kaum über eine Anzahl von 80.000 bis 100.000 Einheiten hinausgehen dürfte.

#### UNGENÜGENDE ERNTEERTRÄGE

In den offiziellen Berichten zur Getreideproduktion heißt es lediglich, daß sich der Ernteertrag, verglichen mit der Zeit vor 1949, "nahezu verdreifacht" habe (27). Offenbar ist die Produktionsleistung unbefriedigend: 1949 wurden 1,1 Mio. t Getreide erzeugt; bei einem Anstieg um das Dreifache wäre demnach mit einer Produktion von ca. 3,5 Mio. t zu rechnen - das entspräche ca. 350 kg pro Kopf und Jahr der Bevölkerung (28). Bei entsprechenden Abzügen für Verluste beim Mahlen, Enthülsen und für Getreide, das für andere als Ernährungszwecke abgezweigt wird, verringert sich die Pro-Kopf-Menge auf ungefähr 240 kg.

Ein Bedarf von 250 kg Getreide jährlich wird von Ernährungswissenschaftlern für China als Grenze zur Unterernährung geschätzt, während die offizielle Höchststrategie für industrielle Schwerarbeiter bei jährlich 360 kg liegt (29).

1957 wurde eine Getreideproduktion von 2.175.000 Mio. t

angestrebt; schon einmal, im Jahre 1965, sollte sich die Erntemenge gegenüber 1949 verdreifacht haben (30).

Alle Anzeichen weisen auf eine auf dem Stand von vor zehn Jahren stagnierende Entwicklung hin. Daß unbestreitbare Fortschritte, die im Verlauf der letzten zwanzig Jahre erzielt wurden, durch eine rapide wachsende Bevölkerung immer wieder in Frage gestellt werden, geht auch aus offiziellen Äußerungen hervor. Saifudin sah sich veranlaßt, das "ungenügende Produktionsniveau in der Landwirtschaft" einzugestehen (31).

#### LANGSAME INDUSTRIALISIERUNG

Ebenso zurückhaltend wie zum Stand der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Produktion sind auch die offiziellen Stellungnahmen zur industriellen Produktion. Angaben, wonach sich die industrielle Produktion 1974 gegenüber dem Stand von 1949 verzwanzigfach und gegenüber 1955 "nahezu vervierfach" habe (32), weisen nur auf die niedrige Ausgangslage der industriellen Entwicklung Sinkiangs hin, das noch Anfang der 50er Jahre über kaum mehr als ein Dutzend handwerklicher Betriebe verfügte. 1964 sprach Saifudin davon, daß "Sinkiang seine Wirtschaft und Kultur seit den vergangenen 16 Jahren und insbesondere seit Gründung des Autonomen Gebietes 1955 in einem Tempo aufgebaut (hat), das in der Geschichte der Entwicklung der menschlichen Geschichte beispiellos ist" (33). Auch 1975 dient ihm die "schnelle Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbau Sinkiangs ..... als lebhafter Beweis dafür, daß die verschiedenen Nationalitäten, solange sie ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen ..... fähig sein werden, Wunder zu vollbringen" (34). Daß indessen bei allen verbalen Kraftakten angesichts einer offenbar stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung eine gewisse und auch offiziell eingestandene Ernüchterung eingetreten sein muß, geht aus einem anderen Teil der Rede Saifudins hervor. Hier heißt es, daß "der Aufbau der letzten zwanzig Jahre uns nur zu einer vorläufigen Grundlage verholfen hat"; während eine "gewisse Grundlage aufgebaut worden sei", sei jedoch "das gegenwärtige Produktionsniveau der Industrie ..... unseres Landes nicht sehr groß" (35).

#### BEDEUTENDE VIEHZUCHT

Sinkiang, seit jeher berühmt für seine Pferde, Rinderherden und Schafe, ist heute eines der fünf wichtigsten Viehzuchtzentren der Volksrepublik. Die Zunahme des Viehbestandes in den vergangenen 26 Jahren wird mit 240% angegeben, was einer jährlichen Zuwachsrate von 9,2% entspricht. Im Verlaufe dieser Zeit hat die Provinz insgesamt 37 Mio. Stück Rinder, Schafe und andere Markttiere sowie 310.000 Zuchttiere an den Staat abgeliefert.

1954 wurde in der Staatlichen Stutfarm Kungnai ein neues Feinwollschaf gezüchtet, was mit dazu beiträgt, daß Sinkiang heute 40% des Feinwollbedarfs für Chinas Wollindustrie liefert.

Erfolge auch bei der Züchtung einer neuen widerstandsfähigen Pferderasse, die sich ebenso im Gebrauch als Zugtier wie als Sattelpferd bewährt hat und heute 30% aller Pferde in den Ili-Steppen stellt. Eine Fachschule sowie zwei technische Sekundarschulen dienen dazu, neben den 10.000 "Barfuß-Tierärzten" weitere Veterinär- und Viehzuchttechniker auszubilden (36).

#### AUSBAU DES GESUNDHEITSWESENS

Alle Bezirke verfügen wie auch alle Volkskommunen und

Staatsgüter über eigene Krankenhäuser bzw. Gesundheitszentren. Die meisten Produktionsbrigaden haben eigene ärztliche Versorgungseinrichtungen. In den Landwirtschafts- und Weidegebieten gibt es 29.000 'Gesundheitstechniker', welche 70% - das entspricht einer Zahl von 41.428 - aller im Gesundheitswesen in Sinkiang tätigen Kräfte ausmachen.

In den erwähnten Gebieten hat sich die Zahl der verfügbaren Krankenhausbetten auf 32.000 gesteigert, was einem Anteil von 73,9% an den insgesamt in Sinkiang vorhandenen Krankenhausbetten entspricht (37). (D.h., bei der sich hieraus errechnenden Bettenzahl von 43.401 kommt bei einer angenommenen Bevölkerungszahl von 10 Mio. auf ca. 231 Einwohner ein Krankenhausbett. Insgesamt sind mehr als 10.000 Barfußärzte im Einsatz. Die Zahl der Krankenhausbetten und Krankenhäuser hat sich seit 1955 mehr als versechsfacht (38).

#### VERKEHRSMÄSSIGE ANGLIEDERUNG

Zu den gewaltigen Erschließungskosten ist auch die verkehrsmäßige Angliederung Sinkiangs an das übrige China zu rechnen. Gab es 1949 nur etwa 3000 km Straßen schlechter und minderer Qualität, so verbindet heute ein weitgehend autotaugliches Straßennetz von 12.000 km Länge alle Teile Sinkiangs miteinander. (Der Bestand an Bussen und Lkws - Pkws werden gar nicht erst erwähnt - hat, wie berichtet wird, seit 1965 um das 2,5fache zugenommen. Die Motorisierung dürfte aber noch denkbar unterentwickelt sein.)

Auch die verkehrsmäßige Verbindung zu den Nachbarprovinzen ist gewährleistet: die aus vorrangig strategischen Erwägungen heraus erbaute Autofernstraße nach Lhasa stellt den Anschluß nach Tibet her, und nördlich und südlich des T'ien-shan-Gebirges führen Autostraßen entlang den alten Karawanenwegen in die Provinz Kansu.

Die neue, 1963 fertiggestellte Eisenbahnstrecke Lanchou-Sinkiang, die von Urumchi aus über Hunderte von Kilometern durch die Wüste Gobi zur Hauptstadt der Provinz Kansu verläuft, verbindet Sinkiang heute unmittelbar mit dem chinesischen Eisenbahnnetz.

Daneben werden die inner-provinziellen Flugstrecken - einschließlich der Verbindung zu anderen Provinzhauptstädten - mit wöchentlich 30 Flügen bedient (39).

#### ASSIMILIERUNGSPOLITIK

##### a) POLITISCHE INTEGRATION NATIONALER MINDERHEITEN

Der kontinuierliche, zuweilen vehemente han-chinesische Besiedlungsdruck wird durch eine Minderheitenpolitik flankiert, die, abgesehen von der gänzlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit seit der Kollektivierung Ende der 50er Jahre, auf eine weitgehende kulturelle Assimilation und politische Integration der Uiguren, Kasachen und anderer Volksgruppen abzielt. Jüngsten Angaben zufolge stellen dabei die Minderheiten Sinkiangs den höchsten prozentuellen Anteil an Kadern und Parteimitgliedern sämtlicher Minoritätengruppen in der Volksrepublik.

So hat sich "die gegenwärtige Gesamtzahl von Parteimitgliedern nationaler Minderheiten seit den letzten 20 Jahren um das 5,8fache gesteigert, während die Zahl der von nationalen Minderheiten gestellten Kader um 105% zunahm." (40)

Dem entspricht auch eine zunehmende Beteiligung nationaler



Minderheiten an Führungspositionen: Lt. Radio Urumchi wurden bereits "eine große Anzahl von herausragenden Kadern nationaler Minoritäten in Parteiorganisationen und Revolutionskomitees oder in führende Kerntrupps wirtschaftlicher und kultureller Abteilungen aufgenommen. Ca. 65% aller Parteikomitee-Mitglieder werden von nationalen Minoritäten gestellt." (41)

Die pauschalen Zahlenangaben, die kaum Rückschlüsse auf die wirkliche Aufteilung politischer Verfügungsgewalt zulassen dürften, stimmen skeptisch. So wird an anderer offizieller Stelle angegeben, daß es gegenwärtig "über 84.000 Kader von Uiguren und anderer Minderheitennationalitäten (gibt) - verglichen mit der ersten Zeit nach der Befreiung ein Anstieg um über das Zwanzigfache" (42).

Nach einer Meldung von Radio Urumchi vom 6.6.1965 betrug dagegen die Zahl der Minoritätenkader 16.000; 1955 muß sie demnach darunter gelegen haben. Bei der oben angegebenen Zunahme um mehr als das Doppelte (= + 105%) kommt es zu einer nicht unbeträchtlichen Differenz mit heutigen Zahlenangaben.

#### b) PRO-HANCHINESISCHE SPRACH-UND KULTURPOLITIK

Neben der politischen Grenze, welche ethnisch und sprachlich identische Volksstämme trennt, bemüht sich die VR China ebenso wie die UdSSR, durch eine gezielte Sprachpolitik eine weitere linguistische Barriere aufzurichten.

Zunächst hatte Peking lange gezögert, bis schließlich 1956 die Anwendung des kyrillischen Alphabets für die uigurischen, kasachischen, kirgisischen, usbekischen und tatarischen Völker Sinkiangs angekündigt wurde, obgleich genügend (sowjetische) Lehrmaterialien in Kyrillisch für diese Sprachen seit 1949 zur Verfügung gestanden hatten.

Für die Entscheidung zugunsten eines kyrillischen Alphabets, die in Anwesenheit sowjetischer Linguisten verkündet worden war, wurden Gründe wie "die reichen Erfahrungen, welche durch die Sowjetunion und unsere brüderlichen Nationalitäten in der Reform der nationalen Sprachen und in ihrer linguistischen Entwicklung erreicht worden waren", angeführt (43).

Drei Jahre später zeitigten die russisch-chinesischen Spannungen offenbar auch in der Sprachpolitik ihren Niederschlag: das kyrillische Alphabet wurde aufgegeben; stattdessen gaben die Behörden in Sinkiang bekannt, daß in Übereinstimmung mit gesamt-chinesischen Plänen die uigurischen, kasachischen und anderen Sprachen nach dem lateinischen Alphabet gemäß der p'in-yin-Umschrift transkribiert werden sollten. (Hinsichtlich der "Säuberungen", welche zwischenzeitlich gegen "lokale Nationalisten" stattgefunden hatten, scheint es dabei nicht abwegig anzunehmen, daß die Entscheidung von 1956 die Kommunikation von "nationalen Elementen" über die Grenze hinweg gefördert haben könnte.)

1960 wurde dann die neue Sprachpolitik in einem Großversuch mit 600.000 Schülern und 200.000 Erwachsenen praktisch erprobt.

Im Januar 1965 folgte dann die offizielle Veröffentlichung der phonetischen Transkriptionssysteme für die uigurische und kasachische Sprache. In dem entsprechenden Ratifizierungsbeschluß vom 12.12.1965 war dabei vorgesehen, daß die neue Sprachpolitik in fünf Jahren abgeschlossen sein sollte. Zwischen 1967 und 1970 sollten "die alten Sprachen vollständig durch die neuen ersetzt werden" (44). Allerdings stieß dieses Vorha-

ben, das auf die Zementierung einer gegenläufigen Entwicklung der uigurisch-kasachischen Sprachen zu beiden Seiten der Grenze hinauslief, auf starken Widerstand in der Bevölkerung. Im Januar 1965 sah Saifudin sich zu der Erklärung veranlaßt, daß die Reform "absolut korrekt" sei. Zugleich wandte er sich gegen alle diejenigen, die seit der Verkündung der Sprachreform dagegen "opponierten".

Das Vorhaben sei durch "moderne Revisionisten, sture lokale Nationalisten und alle anderen reaktionären Kräfte sabotiert worden. Unter dem Vorwand, daß hinter den uigurischen und kasachischen Sprachen ein kulturelles Vermächtnis mit einer langen Geschichte schriftlicher Aufzeichnungen stehe, hätten sie sich der Reform dieser Sprachen widersetzt" (45).

Sicherlich bedeutet aus der Sicht der nationalen Minderheiten die zwangsweise verfügte Abkehr von der jahrhundertlang gebräuchlichen arabischen Schrift und die Anpassung an eine latinisierte Umschrift nach den Pekings nicht, wie Saifudin kürzlich in einer Rede betonte, den "entscheidenden Schritt zur kulturellen Autonomie" - das ist blanker Zynismus. Inwieweit allerdings die bisherigen, mehrfachen Anläufe, die Sprachreform voranzubringen, von Erfolg gekrönt waren, muß anheimgestellt bleiben. Während die 1965 initiierte neue Sprachpolitik 1970 abgeschlossen sein sollte, beherrschten nach einem Bericht des China News Service vom 2.1.1973 erst ungefähr 1,5 Millionen Personen die neuen Sprachen. Bezeichnenderweise wurde denn auch die Sprachreform in den offiziellen Medien im Zusammenhang mit den Feiern zum 1. Oktober nicht erwähnt.

Daß Peking sich bei der sprachlichen Assimilation der Minderheiten in Sinkiang in Geduld faßt und bemüht zeigt, den sprachlichen Anpassungsschwierigkeiten der Minoritäten Rechnung zu tragen, geht aus offiziellen Anweisungen hervor.

Es wurde zur "Regel" gemacht, daß alle Regierungsabteilungen und anderen Organisationen auf Regionalebene in ihren Dokumenten sowohl Chinesisch wie auch Uigurisch anwenden müssen. Ebenso sind die Behörden aller autonomen Bezirke und Kreise verpflichtet, ihre Dokumente in den Sprachen abzufassen, die "unter den Nationalitäten, welche die Autonomie ausüben, verbreitet sind."

Bei Versammlungen, welche von Angehörigen nationaler Minderheiten besucht werden, werden Dolmetscher gestellt (46).

Daneben bemüht Peking sich verstärkt darum, chinesischsprachige Literatur und Kunst in die Sprachen der nationalen Minderheiten zu übertragen. So sind Revolutionsopern wie z.B. "Die Rote Laterne", "Den Tigerberg durch Strategie einnehmen", "Der Azaleenberg" u.a. in uigurische, kasachische und mongolische "Sprachen und artistische Formen" übertragen worden. Wie es heißt, sind alle revolutionären "Musteropern" heute bereits in Sinkiang populär. Eine uigurische Filmfassung des Modellstücks "Die Rote Laterne" ist soeben fertiggestellt worden (47).

#### FÖRDERUNG DER BUCHPRODUKTION IN MINDERHEITENSPRACHEN

Verstärkte Bemühungen zielen daneben auf eine weitere Förderung der Übersetzung und Verbreitung von Büchern in Minderheitensprachen ab. Seit 1955 wurden durch den Volksverlag in Sinkiang 2.400 Titel in uigurischen, kasachischen und mongolischen Sprachen bei astronomisch hohen Auflagenzahlen herausgebracht.

So wurden in den Jahren von 1955 bis 1974 "64,1 Mio. Bücher - einschließlich von Textbüchern für Volks- und Mittelschulen -

in Uighurisch, Kasachisch und Mongolisch veröffentlicht..... Zusätzlich wurden 28 Mio. Exemplare marxistisch-leninistischer Werke und Schriften Mao Tse-tungs ..... veröffentlicht, was einer jährlichen Durchschnittssteigerung um das 10,3fache gegenüber dem Zeitraum vor 1966 entspricht." (48).

Erst kürzlich wurde durch das regionale Parteikomitee ein Förderungsprogramm für die Übersetzung und Herausgabe von Büchern in den Minderheitensprachen beschlossen und die Gründung von zwei Verlagen für Uighurisch und Kasachisch vorgeesehen (49).

#### ZUNEHMENDE VERBREITUNG VON MINDERHEITEN-VERSIONEN CHINESISCHSPRACHIGER ZEITUNGEN

Bei der kulturellen Integrationspolitik Pekings sind auch die Ausgaben chinesischer Zeitungen und Zeitschriften in Minderheitensprachen zu erwähnen. Offizielle Meldungen versuchen, die Erfolge der sprachlichen Reformpolitik zu belegen: so meldete Radio Urumchi eine steigende Verbreitung der Pekinger "Volkszeitung", der "Roten Fahne" und der "Sinkiang Tageszeitung" in minderheitssprachlichen Ausgaben, ohne allerdings die jeweilige Auflagenhöhe zu nennen.

So sei die Auflage der "Roten Fahne" in Minderheitensprachen gegenüber 1965 um 430% gestiegen, die der "Sinkiang Tageszeitung" in Uighurisch ("Sinkiang Geziti"), Kasachisch und Mongolisch um 200% (50). Selbst die nur 20.000 Personen zählende Volksgruppe der Sibos verfügt über eine eigene Zeitung (51).

Alle Kommunen, über 80% der Produktionsbrigaden und 70% der Produktionsmannschaften hatten die beiden genannten Tageszeitungen und die Monatsschrift "Rote Fahne" abonniert.

Durch die Verbesserung des Poststroutennetzes können heute 17 Kreise und Stadtgemeinden die "Sinkiang Tageszeitung" am Erscheinungstag lesen.

#### AUSBAU DES ERZIEHUNGSWESENS

Auch hier dürfte das chinesische "Bildungsmonopol" in Gestalt hanchinesischer Lehrer und Ausbilder einen tiefgreifenden und langfristigen Einfluß hinsichtlich der kulturellen Durchdringung und Eingemeindung der nationalen Eigenständigkeit der verschiedenen Minderheiten im Sinne des Pekinger Kulturauftrags ausüben. Eine breite Massenerziehung und die Ausbildung dringend benötigter Facharbeiter stehen dabei im Vordergrund.

Die Zahl der Schüler und Studenten beträgt heute 2 Millionen (davon entfallen allein auf Urumchi 269.000).

Neben einer großen Zahl von Volks- und Mittelschulen verfügt Sinkiang über acht höhere Bildungsanstalten und ca. 50 Fachschulen (Urumchi: 13). Eine in den 60er Jahren in der Hauptstadt gegründete Universität scheint untergegangen zu sein; sie wurde in den jüngsten offiziellen Angaben zum Erziehungswesen nicht mehr erwähnt.

Über 20.000 Techniker, Forscher, Ärzte und Künstler uighurischer und anderer Minderheiten sind seit 1955 ausgebildet worden (52).

Genauere Angaben zur Schüler- und Studentenzahl meldete Radio Urumchi am 30.9.1975. Demnach hat sich die "Volks- und Mittelschulerziehung mit großer Geschwindigkeit entwickelt. Die Zahl der eingeschriebenen Mittelschüler beträgt 500.000 - das 13,5fache im Vergleich zu 1955. Ungefähr 6000 Studenten haben sich an den höheren Bildungsanstalten eingeschrieben - das ent-

spricht dem 1,8fachen seit 1955". Das heißt, während es 1955 demzufolge 3350 Studenten und etwa 30.000 'Mittelschüler' gab, also auf ca. 9 Mittelschüler ein Student kam, hat sich das Verhältnis heute auf 83 : 1, im Zuge einer breiteren Massenausbildung, verschoben. Der jährliche Zuwachs von nur 166 (!) Studenten seit 1955 - hier dürfte es sich vor allem Uighuren und Kasachen handeln - weist bei einer entsprechenden Bevölkerungszahl von etwa 6 Millionen deutlich auf den noch immer geringen Ausbildungsstand bzw. die - ob mit oder ohne den Willen Pekings - sehr beschränkten Aufstiegschancen der Angehörigen von nationalen Minderheiten hin.

#### OPPOSITION NATIONALER MINDERHEITEN

Daß Pekings Sinkiangpolitik immer wieder auf den Widerstand nationaler Minderheiten traf und trifft, wird durch eine Vielzahl offizieller Äußerungen bestätigt. Die meist nicht näher ausgeführten "kriminellen Aktivitäten" und "Sabotageakte" einer "Handvoll nationaler Separatisten" legen immer wieder Zeugnis von dem Widerstand unabhängiger, stolzer und freiheitlich gesonnener Völker, die sich im Bewußtsein einer langen eigenständigen Tradition und Kultur - schon im zehnten Jahrhundert verfaßte der uighurische Dichter Jussuf Hass Hadjib das Epos "Kutadgubilik" (Glück und Weisheit) - gegenüber allen chinesischen Herrschaftsbestrebungen und der Aufoktroiyierung einer fremden Ideologie und Lebensweise zur Wehr setzten.

Das Ausmaß der Opposition eines uighurisch-kasachischen Nationalgefühls trat öffentlich erstmals 1957 während der "100-Blumen-Kampagne" hervor, als sich die Möglichkeit bot, versteckte oder unterdrückte nationale Wünsche und Hoffnungen zu artikulieren.

Forderungen nach einer wahren Autonomie, wenn nicht nach einer direkten Unabhängigkeit, wiesen dabei darauf hin, daß Sinkiang zwar ein sogenanntes autonomes Gebiet, in der Praxis aber weiterhin unverändert der hanchinesischen Kontrolle unterworfen war. Angegriffen wurde ebenfalls das Kadernsystem (Vorwurf: überproportional hoher Anteil der hanchinesischen Kader, Mißbrauch persönlicher Machtbefugnis), und Beschuldigungen wurden gegen die VBA erhoben, von der es hieß, daß sie für die Interessen und Gefühle der lokalen Bevölkerung nur geringes Verständnis aufbrachte (53).

Diese Angriffe mußten auf die Parteileitung um so alarmierender wirken, als sich herausstellte, daß die ('nationale') Kritik ebenso von Kommunisten wie von Nichtkommunisten und aus allen Altersschichten der Bevölkerung kam. Um dieses Phänomen zu erklären, nahm die China Youth News im Februar 1958 offiziell Stellung:

"Beim Lokalnationalismus unter der Minderheitenjugend in Sinkiang hat es eine gewisse Zunahme gegeben. Einige wollen eine Republik gründen und das Han-Volk ausschließen. Ohne die historischen Beziehungen zu verstehen, gehen sie von engstirnigen nationalen Gefühlen aus und zeigen keine Neigung, mit anderen Nationalitäten - insbesondere mit dem Han-Volk - beim Aufbau des Sozialismus zusammenzuarbeiten. Indem sie die Geschichte und Verteilung der Nationalitäten Chinas und die verschiedenen Bedingungen, die in der Sowjetunion vorherrschen, ignorieren, nehmen sie die Sowjetunion als Vorbild und sind der Meinung, daß Republiken die einzige Staatsform sind, welche das politische, wirtschaftliche und kulturelle Wachstum der Minderheitennationalitäten fördern kann" (54).

Wenige Monate später, im gleichen Jahr, warnte auch der damalige 1. Sekretär der KP in Sinkiang, Wang En-mao, vor den Rechten in der Partei, die insgeheim nationale Unabhängigkeitsbewegungen unterstützten, und gab dabei zu, daß Sympathisanten der früheren "Ostturkestanischen Republik" existierten (55).

Während die chinesische Regierung offiziell keinen Hehl aus den noch immer vorhandenen Nationalgefühlen machte und die Anziehungskraft eines sowjetischen Modells à la Kasachischen Republik indirekt zugab, bieten sich wenig konkrete Anhaltspunkte für die seit 1963 immer wieder beschriebene direkte Komplizenrolle der Sowjetunion bei der Aufwiegelung nationaler Ressentiments gegen die VR China.

Immerhin sahen sich die chinesischen Kommunisten veranlaßt, 1958 eine Reihe von "unerwünschten Parteelementen" zu eliminieren, was unter anderem auch zur Entfernung von 20 führenden Parteifunktionären führte, darunter der Bürgermeister von Urumchi und der Kommissar für Kashgar. Berichte sprechen in diesem Zusammenhang von zahlreichen Verhaftungen und Gefängnisstrafen und der Degradierung von Tausenden von Kadern. Trotz aller Gegenmaßnahmen und Parteisäuberungen setzten sich die Unruhen in der ganzen Provinz fort, ja, sie wurden durch die Einführung der Volkskommunen noch verstärkt.

Nach einem Bericht der New Yorker Zeitung "The Reporter" vom 18. Juni 1964 gab es 1958 60.000 Guerillas, die in verschiedenen Banden in Sinkiang operierten. Andere Meldungen wiederum sprechen von Gefangenenbefreiung, Aufständischen von Jugendlichen, die ein Gefängnis angriffen, Beamte töteten und Getreidevorräte in ihre Gewalt brachten.

Bei allen möglichen Übertreibungen und Verzeichnungen dieser oft ungenauen und nicht verifizierbaren Berichte, die sich auf Gerüchte stützen, scheint doch eine weitverbreitete Unzufriedenheit feststellbar gewesen zu sein. Unter diesen Umständen kann der forciert vorangetriebene Abschluß der Kollektivierung, die 1960 bereits 96% der Bevölkerung in 491 Volkskommunen zusammenfaßte, kaum dazu angetan gewesen zu sein, den Widerstand von Uiguren, Kasachen und anderer türkischer Nationalitäten gegen eine Politik zu verringern, die zunehmend lokale Traditionen und Einrichtungen angriff.

Das Jahr 1960 war der Beginn chronischer und weitverbreiteter Unruhen, welche in den oben erwähnten Aufständen in Kuldja, Kashgar und andernorts und dem Massensexodus von 50.000 Kasachen und Uiguren in die Sowjetunion kulminierten.

Auch die offiziellen Stellungnahmen zum 10. Jahrestag 1965 weisen auf die noch immer ungelösten Probleme bei der Nationalitätenfrage hin. So wird die Notwendigkeit betont, "einen entschlossenen Kampf gegen die Feinde zu Hause und außerhalb zu führen. Sinkiang liegt an der Grenze unseres Vaterlandes. Es sieht sich einerseits der Sabotage des Klassenfeindes zu Hause und andererseits der Invasion des Klassenfeindes von außerhalb gegenüber..... Wir müssen die sozialistische Revolution zum Erfolg führen und die Sabotage des Klassenfeindes zu Hause überwinden" (56)

Daß die brisante Forderung nach der Unabhängigkeit Sinkiangs den chinesischen Behörden noch immer schwer zu schaffen macht geht aus der scharfen Zurückweisung der "Chruschtschew Revisionisten" hervor, die den "Unsinn verbreiten, daß Sinkiang eine Kolonie Chinas ist, daß eine Politik des Betrugs und der na-

tionalen Diskriminierung in diesem Gebiet durchgeführt wird, usw." Dabei hat die "Chruschtschew Clique" "ihr Äußerstes getan, um für die Unabhängigkeit Sinkiangs zu agitieren, und hat dabei offen eine Serie höchst krimineller, verbrecherischer, subversiver und umstürzlerischer Aktivitäten ausgeführt" (57).

#### "HAN-CHAUVINISMUS" versus "LOKALER NATIONALISMUS"

Heute, 20 Jahre nach Gründung des Autonomen Uighurischen Gebietes Sinkiang, bietet sich ein kaum verändertes Bild. In den Jubiläumsansprachen führender Politiker finden wir die üblichen Hinweise auf die "kriminellen Aktivitäten" und "Sabotageakte" und die "subversiven Kräfte einer Handvoll nationaler Separatisten", welche darauf schließen lassen, daß trotz aller intensiver Bemühungen Pekings die nicht-han-chinesischen Moslem-Nationalitäten allen Versuchen einer Integrationspolitik Widerstand leisten.

Saifudins Äußerung "Wir müssen klar verstehen, daß noch immer Unzulänglichkeiten und Schwachheiten in unserer Arbeit in Sinkiang bestehen bleiben. Wir sind noch weit davon entfernt, den Erfordernissen, die von Mao Tse-tung und dem Parteizentrum in uns gesetzt sind, zu entsprechen. Die Situation ist dringend" spricht eine deutliche Sprache. Auch die jetzt hervorgekehrte Errungenschaft "nationaler Einheit", deren "ideologische Basis Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung-Ideen sind", ist mehr als verbales, alljährlich wiederkehrendes Beschwörungsritual, denn als Ausdruck der Realität zu werten. Noch immer stellt sich die Aufgabe, "fortzufahren, die revolutionäre Einheit, insbesondere die Einheit aller Nationalitäten zu stärken. Einheit garantiert den Sieg... Alle diejenigen, welche spalterische Akte begingen, endeten tragisch. Diese Lektion ist noch frisch in unserem Gedächtnis." (58)

Als Richtlinie für die Parteipolitik gegenüber den Minderheitennationalitäten in Sinkiang führt Saifudin die grundsätzlichen Weisungen Mao Tse-tungs an:

"Es ist unbedingt notwendig, gute Beziehungen zwischen dem Han-Volk und den Minderheitennationalitäten zu pflegen. Der Schlüssel zu dieser Frage liegt in der Überwindung des Han-Chauvinismus. Gleichzeitig sollten Anstrengungen unternommen werden, um einen lokalen Nationalismus zu überwinden, wo immer er unter den Minderheitennationalitäten existiert. Beide, der Han-Chauvinismus sowohl wie der lokale Nationalismus schaden der Einheit der Nationalitäten, sie repräsentieren einen spezifischen Widerspruch im Volk, der überwunden werden sollte."

Der Gegensatz zwischen dem "Han-Chauvinismus" und dem "lokalen Nationalismus", der, wie es heißt, den Klassenkampf und den Kampf zwischen beiden Linien reflektiert, ist nach dem ideologischen Verständnis Pekings "äußerst unvereinbar mit dem proletarischen Nationalitätenkonzept". Nach der offiziellen Sprachregelung wird der nationalen Einheit Sinkiangs gegenwärtig durch folgende Manifestationen des "bourgeois Nationalismus" Schaden zugefügt:

#### 1. "Lokale Nationalisten"

Das sind an sich 'gutwillige' aber fehlgeleitete Nationalisten. "Die Gruppe, die derartige Ideen hegt, stellt(e) hauptsächlich ein Problem der ideologischen Einsicht dar." Weit gefährlicher sind dagegen die

2. "nationalen Splitterelemente". Bei diesen "sturen, reaktionären Nationalisten" handelt es sich um eine "Handvoll nationaler Separatisten, die Kettenhunde und Geheimagenten der sowjetischen Revisionisten sind."

Die Gruppe rekrutiert sich aus "Agenten...., die aktive Anstrengungen unternehmen, um die Einheit unserer verschiedenen Nationalitäten zu sabotieren und das Vaterland zu entzweien."

Zwischen beiden Gruppen muß unterschieden werden, dann "können wir zu heftigen Schlägen gegen die 'sturen Feinde' ausholen, während wir diejenigen für unsere Seite gewinnen können, die zu gewinnen sind."

### 3. Han-Chauvinisten

Den Han-Chauvinisten gilt der Vorwurf, daß der Standpunkt, daß "Völker von Minderheitennationalitäten ... inferior sind, häufig in den zurückliegenden revolutionären Momenten anzutreffen waren." (59)

Auch die Aufforderung zu einer "tiefgreifenden Re-Eduktion der Nationalitätenpolitik der Partei" kritisiert indirekt ebenso chauvinistisches Verhalten wie der deutliche Hinweis Chen Hsi-liens, daß es notwendig sei, "die Parteipolitik der Nationalitätenfrage zu studieren und zu propagieren und die Um-erziehung von Kadern und Völkern der Han-Nationalität bei dieser Politik zu betonen. Es sollte darauf geachtet werden, den Han-Chauvinismus zu verhüten und zu überwinden." (60)

### DIE ISLAMISCHE RELIGION ALS "STÖRFAKTOR" DER NATIONALEN EINHEIT

Der von Mao Tse-tung diagnostizierte "spezifische Widerspruch im Volk" wird im Falle Sinkiang durch die im Islam verwurzelten Turkvölker verschärft. Die chinesischen Behörden sind sich dabei dessen bewußt, daß jeder gewaltsam vorangetriebene Versuch, die religiöse Bewegungsfreiheit der zahlenmäßig noch immer überwiegenden türkisch-mohammedanischen Volksgruppen einzuschränken, unversehens wieder nationale, anti-hanchinesische Ressentiments entfachen kann. Daß Peking hierbei argwöhnisch einen latenten Ansatzpunkt sowjetischer Einflußnahme vermutet, kommt stets mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck.

So warfen die Volkszeitung und die Sinkiang Tageszeitung der Sowjetunion vor, "unter dem Deckmantel der Religion und des Nationalismus Sabotage zu treiben". Gleichzeitig aber trägt diese propagandistisch ausgespielte Konspirationstheorie mit dazu bei, in Sinkiang ein Klima zu schaffen, in dem jedes Verlangen nach größerer Freiheit der Religionsausübung unweigerlich als Agitation einer gegen die "nationale Einheit" gerichteten, sowjetisch inspirierten Einmischungspolitik denunziert werden kann.

Wie heikel indes die Frage der Religionsausübung ist, zeigt sich darin, daß Vizepremier Chen Hsi-lien sich während seines Aufenthaltes in Urumchi offenbar genötigt sah, ausdrücklich auf die in der Verfassung garantierte Glaubensfreiheit hinzuweisen und zu ermahnen, nicht "auf einige (!) Personen herab(zu)sehen, die ihren Glauben an die Religion aufrechterhalten haben, .... Die Speerspitze des Kampfes muß immer direkt gegen die Handvoll von Klassenfeinden gerichtet sein, welche sich unter dem Mantel der Religion mit Restaurations- und Unterminierungsaktivitäten abgeben" (61).

Der öffentliche Hinweis auf die in der Verfassung festgeschriebene Glaubensfreiheit unterstreicht, wie sehr Peking gegenwärtig

noch darauf bedacht sein muß, auf die brisante Religionsfrage Rücksicht zu nehmen.

Während lokale Religionsausübungen in der VR China bisher stillschweigend geduldet wurden, scheint diese öffentliche Erklärung vor allem zur Besänftigung an die Adresse der Uighuren und Kasachen gerichtet gewesen zu sein. Daß hiermit nur eine beschränkte Anwendung, sozusagen für den Eigengebrauch Sinkiangs, gemeint war, läßt sich daraus schließen, daß in der von der "Roten Fahne" verbreiteten Version der Rede Saifudins die Frage der Glaubensfreiheit mit keinem Wort erwähnt wurde.

Möglicherweise sind diese Besänftigungsversuche im Zusammenhang mit Gerüchten zu sehen, die in jüngster Zeit über religionsbedingte Moslemaufstände aus Hong Kong gemeldet wurden. Am 11. Juli 1975 berichtete die South China Morning Post über Demonstrationen von Minderheitengruppierungen, hauptsächlich Dungänen, die sich an der behördlichen Unterbindung des Freitags als eines religiösen Feiertages entzündet hatten. Einen Monat später wurden religiös inspirierte Moslemaufstände in der Provinz Yunnan gemeldet, die angeblich durch Militär niedergeschlagen werden mußten und mit 20.000 Verwundeten und Toten endeten (vgl. C.a. Dezember 1975, Ü24).

"Sinkiang: Pawn or Pivot?" - diese Frage, die Allen S. Whiting zum Titel seines berühmten Buches machte, läßt sich heute so wenig wie vor 18 Jahren beantworten.

- 1) SWB, 4.10.75
- 2) NCNA, 2.10.75, nach SWB, 11.10.75
- 3) SWB, 10.10.75. Genauere Angaben über die Förderleistung des Karamaifeldes brachte NCNA auf Chinesisch: demzufolge steigerte sich die Produktionskapazität und jährliche Fördermenge gegenüber 1965 um 200%; das Ölfeld "produziert jetzt mehr als 1 Mio. t Rohöl jährlich" (SWB, WER, 22.10.75).
- 4) Chen Hsi-lien, Radio Urumchi, 9.10.75, nach SWB, 16.10.75
- 5) Saifudin, Radio Urumchi, NCNA englisch, 28.4.1964
- 6) NCNA, 2.9.1964
- 7) Kommunist, August 1964. Zitiert nach George N. Patterson, The Unquiet Frontier, Hong Kong, 1966, S.15
- 8) Vgl. Patterson, op.cit. S.9
- 9) "Über den Ursprung und die Entwicklung der Differenzen zwischen den Führern der KPdSU und uns", JMJP, 6.9.1963. Nachdruck in Peking Review No.37, 13.9.1963, S.6-23
- 10) Auszug aus der amtlichen Regierungsverlautbarung vom 20.9.1963 (TASS, Moskau), zitiert nach Dennis J. Doolin, Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict, Stanford 1965, S.32
- 11) "Einige Kommentare zu einer Verlautbarung der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika", Leitartikel der JMJP, 8.3.1963
- 12) SWB, 2.10.75
- 13) Vgl. die vorliegenden Zahlen, zitiert nach Patterson, a.a.O., S.25, mit entsprechenden Angaben in Owen Lattimore u.a. "Pivot of Asia: Sinkiang and the Inner Asian Frontiers of China and Russia", Boston 1950
- 14) Saifudin, SWB 10.10.75 u.a.
- 15) Vgl. "Das erste Vierteljahrhundert des Neuen China, Peking 1975" "... die Uighuren-Bevölkerung wuchs um 42%" (S.87). Saifudin gab dagegen für den gleichen Zeitraum (1949-1974) einen Anstieg der ighurischen Bevölkerung um 56% an.
- 16) Sinkiang Jih-pao, 28.10.1959 in: Survey of the China Mainland Press, Nr.2155. Zitiert nach Allen S. Whiting "Sinkiang and Sino-Soviet Relations" in: China Quarterly, März 1960, S.35
- 17) SWB, 2.10.75
- 18) SWB, 10.10.75
- 19) SWB, 10.10.75
- 20) Ebenda

- 21) NZZ, 28.10.75  
 22) SWB, WER, 2.10.75  
 23) SWB, WER, 8.10.75  
 24) NCNA, 8.9.75  
 25) NCNA 15.10.75, SWB 10.10.75  
 26) Radio Urumchi, 14.10.75 nach SWB, WER, 29.10.75  
 27) Saifudin, SWB, 10.10.75  
 28) Zur Produktionszahl von 1,1 Mio. t. Getreide für 1949 vgl. CNA (591), 3.12.1965, S.3; ferner CNA Nr.112, S.4. 1953 betrug die Produktion 1,6 Mio. t. Aufschlußreich im Zusammenhang mit den angegebenen Erntemengen ist der chinesische Umgang mit Zahlen: "Verglichen mit der Zeit vor der Befreiung wird die diesjährige Getreideproduktion voraussichtlich nahezu dreimal so groß sein und der Viehbestand sich verdoppelt haben" (Saifudin, 6.10.75 nach SWB, 10.10.75). (Dem entspricht auch der folgende Passus der in HQ 10 abgedruckten Rede Saifudins "粮食产量... 预计增长近三倍... 牲畜总头数增长一倍多...." (S.23).  
 Dagegen:  
 "Voraussichtlich wird die Getreideproduktion 1975 das nahezu Vierfache dessen sein, was am Vorabend der Befreiung geerntet wurde, und der Viehbestand ist mehr als das Doppelte" (Saifudin, PRu 42, S.14).  
 29) Vgl. R. Machetzki "Chinas langer Marsch zur mechanisierten Landwirtschaft", C.a. Januar 1975, S.824.  
 30) Vgl. CNA 591, 3.12.1965, S.3.  
 31) SWB, 10.10.75  
 32) SWB, 10.10.75  
 33) PRu, 14.12.1965  
 34) SWB, 10.10.75  
 35) ebenda  
 36) SWB, WER, 8.10.75  
 37) SWB, 10.10.75  
 38) SWB, 4.10.75  
 39) SWB, WER, 3.12.75  
 40) SWB, 10.10.75  
 41) SWB, 10.10.75  
 42) Vgl. "Das erste Vierteljahrhundert des Neuen China", Peking 1975, S.85  
 43) Sinkiang Jih-pao, 12.8.1956, in: Union Research Service, Hong Kong, vol.V No.25, 25.12.1956, zitiert nach Allen S. Whiting, a.a.O. S.36  
 44) SWB, 12.12.1965  
 45) SWB, Januar 1965  
 46) SWB, 2.10.75  
 47) SWB, 4.10.75  
 48) SWB, 10.10.75  
 49) Erstmals wurden auch einige Werke Lu Hsüns und "Der Traum der Roten Kammer" in Minderheitensprachen übersetzt (SWB, 3.10.75; vgl. ferner C.a., November 75, Ü 29)  
 50) Radio Urumchi, 23.9.75 nach SWB, 2.10.75  
 51) SWB, 2.10.75  
 52) SWB, 2.10.75  
 53) Vgl. Patterson, op.cit., S.98 f.  
 54) China Youth News, 22.2.1958  
 55) JMJP, 27.6.1958  
 56) NCNA, 7.10.1965  
 57) JMJP, 30.9.1965  
 58) SWB, 10.10.75  
 59) ebenda  
 60) Chen Hsi-hien, 30.9.75 nach SWB, 4.10.75  
 61) ebenda